

Bundesregierung unterstützt Gemeinden, Städte und Landkreise

Unsere Kommunen müssen viele wichtige Aufgaben übernehmen. Die CDU-geführte Bundesregierung hat ihre Politik seit 2005 darauf ausgerichtet. Sie unterstützt die Politik vor Ort durch direkte Zuschüsse und richtige Weichenstellungen.

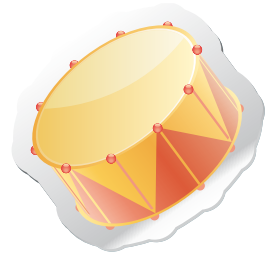


6 Mrd. € für unsere Zukunft

Für Kitas, Schulen und Hochschulen gehen bis 2017 insgesamt 6 Milliarden Euro an die Länder. Davon ist ein Teil für die Kommunen. Sollte der Bedarf für die Kinderbetreuungsplätze höher sein als erwartet, wird entsprechend aufgestockt.

5,5 Mrd. € für die Kinderbetreuung

Der Bund unterstützt den Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige. Rund 5,5 Milliarden Euro wurden bisher vom Bund bezahlt.



1,2 Mrd. € für gleiche Chancen

Der Bund zahlt das Bildungspaket zugunsten bedürftiger Kinder und Jugendlicher. Für Mittagessen, Klassenfahrten, Vereinsbeiträge oder Nachhilfeunterricht.



1,4 Mrd. € für Arbeitsuchende

Für die Vermittlung Arbeitsuchender zahlt der Bund 1,4 Milliarden Euro extra. So schaffen wir Perspektiven. Mit einem guten Job können die Menschen ihr Leben selbst gestalten.



5 Mrd. € für die Grundsicherung im Alter

Der Bund übernahm seit 2012 schrittweise die Kosten für die Altersgrundsicherung. Ab 2014 trägt er sie komplett. Entlastung: rund 5 Milliarden Euro jährlich. Das nützt vor allem Städten mit hohen Sozialausgaben.

700 Mio. € für den Städtebau

Den Städtebau fördern wir mit 700 Millionen Euro jährlich. So stärken wir auch den sozialen Wohnungsbau. Im Koalitionsvertrag haben wir eine Mietprelsbremse vereinbart.



5 Mrd. € für Straßen, Schiene und Kanäle

Für den Erhalt von Straßen oder Kanälen, für den ÖPNV oder Bahnen werden 5 Milliarden Euro zusätzlich bereitgestellt. Damit stärken wir die Lebensqualität in Stadt und Land.



3,5 Mrd. € Überschuss

Um diese Summe lagen die Einnahmen der Städte und Gemeinden im Jahr 2013 über den Ausgaben – nicht zuletzt Dank der Politik der CDU-geführten Bundesregierung.



5 Mrd. € für Menschen mit Behinderung

Bei der Eingliederung von Menschen mit Behinderungen sollen die Kommunen nach Inkrafttreten des neuen Bundes-teilhabegesetzes um 5 Milliarden € jährlich entlastet werden. Vorab entlasten wir die Kommunen ab 2015 jedes Jahr um 1 Mrd. €.